

Stand: 26.04.2024 17:11:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/8510

"Frauenarmut (2) -

Mit gezielter Wohnbauförderung günstigen Wohnraum für Frauen, insbesondere Alleinerziehende, schaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/8510 vom 10.05.2011
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/10195 des SO vom 27.10.2011
3. Beschluss des Plenums 16/10506 vom 29.11.2011
4. Plenarprotokoll Nr. 89 vom 29.11.2011

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Annette Karl, Natascha Kohnen, Christa Naaß, Maria Noichl, Karin Pranghofer, Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Christa Steiger, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Isabell Zacharias SPD**

Frauenarmut (2)

Mit gezielter Wohnbauförderung günstigen Wohnraum für Frauen, insbesondere Alleinerziehende, schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um Frauenarmut in Bayern zurückzudrängen und das erhöhte Armutsrisiko von Frauen, insbesondere alleinerziehenden Müttern und alleinlebenden Frauen über 65 deutlich zu senken. Die Staatsregierung soll zu diesem Zweck ein Konzept vorlegen, das die Bereitstellung günstigen Wohnraums an Frauen beinhaltet. Erforderlich sind:

1. der Ausbau staatlich finanzierter Wohnungen (Sozialwohnungen),
2. die zusätzliche Förderung von Wohnprojekten, die neben günstigem Wohnraum auch Beratungshilfen und Unterstützungsangebote, insbesondere Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Notfälle und weitere Infrastruktureinrichtungen, bereithalten.

Begründung:

Das Armutsrisiko von Frauen ist um ein Viertel höher als das von Männern in Bayern. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und alleinlebende Frauen über 65.

Aufgrund ihrer schwierigen finanziellen Situation sind Frauen stärker als andere auf günstigen Wohnraum angewiesen. Dieser ist aber in Ballungsräumen, insbesondere in Innenstadtlagen, Mangelware.

Dieser Notstand hat sich in den vergangenen 15 Jahren weiter verschärft. Im genannten Zeitraum hat sich in Bayern die Zahl der Sozialwohnungen um 115.000 auf aktuell 124.000 fast halbiert. Bei weiteren 60.000 Wohnungen läuft die Sozialbindung in den kommenden fünf Jahren aus. Dieser Entwicklung muss mit entsprechenden Maßnahmen der Wohnbauförderung entgegengewirkt werden. Absolut kontraproduktiv ist es, dass in dieser Situation im Haushaltsentwurf 2011/2012 die Ansätze für Wohnungsbau massiv gekürzt werden.

Beim Neubau von Sozialwohnungen sind jene Bauprojekte besonders zu fördern, die neben günstigem Wohnraum auch Unterstützungsangebote, insbesondere Beratungsangebote, Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Notfall und weitere Infrastruktureinrichtungen, bereithalten. Solche Bauvorhaben schaffen nicht nur ein familienfreundliches Umfeld mit kurzen Wegen, sondern erlauben auch eine professionelle pädagogische Begleitung der Frauen, stärken die Solidargemeinschaft der Bewohner und bieten hervorragende Ansatzpunkte für jede Form des ehrenamtlichen Engagements.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit

Antrag der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD**
Drs. 16/8510

Frauenarmut (2)

Mit gezielter Wohnbauförderung günstigen Wohnraum für Frauen, insbesondere Alleinerziehende, schaffen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Dr. Simone Strohmayr**
Mitberichterstatlerin: **Gudrun Brendel-Fischer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 29. September 2011 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 136. Sitzung am 18. Oktober 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 27. Oktober 2011 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Brigitte Meyer
Vorsitzende

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Annette Karl, Natascha Kohnen, Christa Naaß, Maria Noichl, Karin Pranghofer, Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Christa Steiger, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Isabell Zacharias SPD**

Drs. 16/8510, 16/10195

Frauenarmut (2)

Mit gezielter Wohnbauförderung günstigen Wohnraum für Frauen, insbesondere Alleinerziehende, schaffen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Claudia Stamm

Abg. Dr. Franz Xaver Kirschner

Abg. Brigitte Meyer

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Jörg Rohde

Staatsministerin Christine Haderthauer

Abg. Renate Ackermann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 15 bis 19 auf:

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. (SPD)

Frauenarmut (1)

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Mindestlohn ([Drs. 16/8509](#))

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. (SPD)

Frauenarmut (2)

Mit gezielter Wohnbauförderung günstigen Wohnraum für Frauen, insbesondere Alleinerziehende, schaffen ([Drs. 16/8510](#))

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. (SPD)

Frauenarmut (3)

Mit konsequentem Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagschule die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen steigern ([Drs. 16/8511](#))

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. (SPD)

Frauenarmut (4)

Erholungsmaßnahmen für Frauen fördern ([Drs. 16/8512](#))

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Susann Biedefeld u. a. (SPD)

Frauenarmut (5)

Netzwerke für Notfälle stärken (Drs. 16/8513)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als Erste hat Frau Kollegin Dr. Strohmayr das Wort.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Herr Ministerpräsident, schön, dass Sie beim Thema Frauen anwesend sind.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich bitte Sie, die allgemeine Aufmerksamkeit der Rednerin zuzuwenden.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns von den Feuerwehrschulen zu der Lage der Frauen in Bayern kommen. Längst sind uns die Fakten bekannt: Der Sozialbericht 2009, der Bericht zur sozialen Lage in Bayern 2010 und die Studie zur Chancengerechtigkeit von Männern und Frauen im ländlichen Raum haben eindrucksvoll belegt, dass Frauen in Bayern häufiger und stärker von Armut betroffen sind als Männer. Der Bericht zur sozialen Lage in Bayern 2011 - oh Wunder - bekräftigt dies erneut. Frauenarmut ist in Bayern ein ernst zu nehmendes Problem. Besonders schlimm finde ich, dass sich die Frauenarmut seit dem Jahre 2003 verschärft hat.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Diejenigen unter Ihnen, die meinen, dieses Problem löse sich von ganz allein, ohne etwas zu tun, sollten spätestens jetzt aufwachen. Das Thema regelt sich eben nicht von allein.

Lassen Sie uns gemeinsam in den Bericht zur sozialen Lage in Bayern 2011 schauen.

Wieder ist der Familientyp der Alleinerziehenden im Jahre 2009 derjenige mit dem höchsten Armutsrisiko. Davon sind in erster Linie Frauen betroffen. Deren Armutsge-

fährdung lag bei 14,8, also circa 15 %, und ist im Vergleich zum Jahr 2003 leicht gestiegen. Während der mittlere Wohlstand in Bayern im Durchschnitt in den letzten Jahren gestiegen ist - Männer konnten einen Lohnzuwachs von durchschnittlich 40 Euro verzeichnen -, stagniert er bei den Frauen, was vor allen Dingen mit dem Anstieg der Beschäftigungen im Niedriglohnsektor zu erklären ist. Den niedrigsten Wohlstand weisen Alleinerziehende mit Kindern auf. Das finde ich besonders beschämend. Frauen werden in Bayern für Kindererziehung finanziell immer noch abgestraft.

(Beifall bei der SPD)

Der Sozialbericht 2011 beschreibt erneut, dass Geschiedene oder dauernd getrennt Lebende einen auffallend niedrigen Wohlstand vorweisen, soweit Kinder im Haushalt sind oder waren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist beschämend: Kinder sollten unser Leben doch bereichern. Es ist traurig, wenn Kinder für viele Frauen in Bayern vor allen Dingen ein Armutsrisiko darstellen.

Doch die Kindererziehung ist nicht allein das Problem der Frauen in Bayern. Sie fassen generell schwerer Fuß in der Arbeitswelt. Hierzu ein paar Zahlen: 59 % der befristet Beschäftigten sind Frauen. Es ist kein Wunder, dass die wirtschaftliche Lage von Frauen oft unsicher ist. Sie können nicht genug in die Rentenkasse einzahlen. Frauen verdienen in Bayern ungefähr ein Viertel weniger als Männer. Bei selber Qualifikation und derselben Tätigkeit beträgt der Verdienstunterschied immer noch 8 %. Das muss man sich einmal vorstellen: Für genau die gleiche Tätigkeit bekommt eine Frau in Bayern 8 % weniger Gehalt als ein Mann.

Im Alter nehmen die Probleme der Frauen ebenfalls nicht ab. Am eklatantesten ist der Unterschied bei der Rente. Mit 853 Euro ist der Rentenbetrag der Männer doch erheblich höher als der Rentenbetrag der Frauen, der laut Bericht zur sozialen Lage in Bayern bei 506 Euro liegt. Am schlimmsten finde ich daher, dass die Renten der Frauen in den letzten zehn Jahren um 63 Euro gesunken sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles ist nicht neu. Frau Haderthauer, Sie selbst haben vor Kurzem die Studie zur Chancengerechtigkeit von Männern und Frauen im ländlichen Raum vorgelegt. Diese Studie belegt, dass weitaus mehr Frauen als Männer ein monatliches Grundeinkommen von unter 500 Euro erhalten. Umgekehrt sind es in den meisten Regionen die Männer - über 60 % -, die mehr als 1.500 Euro monatlich verdienen. Der Anteil der Frauen, die über 1.500 Euro verdienen, liegt vielerorts unter 20 %.

Die Handlungsvorschläge, die wir in unseren Anträgen vorstellen, sind weitgehend deckungsgleich mit den Vorschlägen, die in der Studie zur Chancengerechtigkeit von Männern und Frauen im ländlichen Raum der Frau Ministerin gemacht werden. Dazu gehört unter anderem eine bessere Kinderbetreuung, vor allem für die Kinder unter drei Jahren.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es darf doch nicht sein, dass die Betreuungsquote für die Kinder unter drei Jahren in Bayern 2010 immer noch nur bei 18,5 % liegt und damit erheblich unter dem Bundesdurchschnitt von 23 % und weit unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer von 50 %. Sie erinnern sich, dass wir im Jahr 2013 bei 35 % sein wollten. Ich frage Sie, wann wir mit dem Tempo, mit dem wir bisher vorgegangen sind, dorthin kommen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es darf nicht sein, dass nur 4 bis 5 % unserer bayrischen Kinder auf eine echte Ganztagschule gehen können. In dem Landkreis Augsburg sind es unter 2 % der Kinder. Es kann doch nicht sein, dass es nur so wenige sind. Hier müssen wir doch etwas tun.

(Jörg Rohde (FDP): In diesem Punkt haben wir schon etwas getan!)

Es kann doch nicht sein, dass die Randzeitbetreuung oder die Ferienbetreuung in Bayern totale Fehlanzeige ist.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Der Freistaat Bayern fühlt sich nicht zuständig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur die Kinderbetreuung liegt im Argen. Wir brauchen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wir brauchen den Mindestlohn. Wir brauchen verstärkt die Wohnraumförderung. Viele wissen nicht, dass viele Sozialraumbindungen in den nächsten Jahren ablaufen und von den weniger werdenden billigen Wohnungen, die dann auf dem Markt sein werden, werden vor allem Frauen Nachteile haben, weil sie auf diesen Wohnraum angewiesen sind. Sie werden keinen billigen Wohnraum mehr finden.

Wir brauchen aber auch die Schaffung eines Notfallnetzes für Alleinerziehende.

Liebe Kolleginnen, im Bayerischen Landtag sind wir leider wenige.

(Jörg Rohde (FDP): Aber die Richtigen!)

Ich möchte Sie gezielt noch einmal ansprechen. Werden Sie mit uns tätig. Unterstützen Sie unsere Anträge. Wir brauchen keine weiteren farbigen Hochglanzstudien, die erneut diese Zahlen belegen. Wir müssen endlich tätig werden. Wir brauchen nachhaltige Hilfestellung für Frauen in Bayern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als nächste Rednerin bitte ich Frau Brendel-Fischer für die CSU an das Mikrofon.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich wollen auch wir, dass Armut von Frauen in Bayern nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, wie das in Ihren Schilderungen aufscheint. Wir wissen, dass die Lohnlücke zu schließen ist. Das Schließen der Lohnlücke ist Bestandteil des Koalitionsvertrages auf Bundesebene, sodass sich im Laufe der nächsten Monate Chancen auftun werden. Ich weise aber auch darauf hin, dass sehr häufig eine Lohnlücke von 24 % suggeriert wird, die bei Weitem nicht zutrifft. Die bereinigte

Lohnlücke beträgt 8 %. Ich gehe mit Ihnen konform, dass es Änderungsbedarf gibt. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, den Sie fordern, einen Eingriff in die Tarifautonomie darstellen würde, was nicht wünschenswert ist.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Wir stehen für branchenbezogene Untergrenzen. Sie sind sinnvoll und wichtig. Sie kennen die Entwicklungen der letzten Monate. Ich meine, diese Entwicklung weist in eine gerechtere Zukunft.

Sie haben die Wohnraumsituation angesprochen. Ich meine, sowohl für Männer als auch für Frauen gibt es Leistungsgesetze, die den Wohnraum absichern. Wir haben die Unterkunftsregelung nach SGB II, und wir haben Wohngeld. Diese Maßnahmen sorgen für die nötige Hilfeleistung. Ihnen ist bekannt, dass sich der Staat nicht in den privaten Wohnungsmarkt einmischt. Er nimmt Einfluss, wenn es um die Schwächsten geht. Dabei spielt das Ansehen des Geschlechts keine Rolle. Dass aber Alleinerziehende und deren Kinder bei der Vergabe als unterstützenswert angesehen werden und eine soziale Komponente stets greift, ist Ihnen bekannt.

Ich möchte auch auf Ihre Vorhaltungen zur Kinderbetreuung eingehen. Diese sind längst nicht mehr gerechtfertigt. Es ist mehr als eine vorzeigbare Leistung, dass sich beispielsweise der Finanzierungsanteil des Freistaats in den letzten fünf Jahren von 39 % auf 45 % gesteigert hat. Im Haushaltsansatz dieses Jahres ist die staatliche Betriebskostenförderung von 916 Millionen Euro vorgesehen. Bei den Drei- bis Sechsjährigen herrscht längst Vollversorgung. Die Plätze für die unter Dreijährigen nehmen täglich zu, und es vergeht kaum eine Woche, in der wir uns nicht bei einer Krippeneinweihung befinden. Ich sage Ihnen voraus: Wir werden es in Bayern schaffen, die wünschenswerte Quote zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, die großen Städte wie München und Nürnberg Nachholbedarf haben, liegt das nicht in der Verantwortung des Freistaats Bayern und der Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Herr Ude sollte sich zu diesem Thema also nicht zu häufig äußern.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Nehmen Sie den Mund nicht so voll, dem können Sie das Wasser nicht reichen! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Lieber Herr Kollege, regen Sie sich doch nicht so auf.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Dazu habe ich gar keinen Grund! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Glocke der Präsidentin - Zuruf von der SPD: Das ist provinziell!)

- Vielleicht kann man das Gerät ein bisschen in Schwung setzen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Sehr geehrte Frau Kollegin! Ich habe das gemacht. Ich brauche Ihre Aufforderung nicht; denn es sind alle, die zur Unruhe beitragen, Teil des Parlaments. Wir hier oben können nicht mehr machen, als immer wieder um Ruhe zu bitten.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Danke. - Ein Lob gilt auf jeden Fall den Kommunen, die entschlossen Prioritäten setzen und in weiche Standortfaktoren investiert haben. Viele kleinere Gemeinden sind nicht unbedingt in der bevorzugten Lage, hohe Gewerbesteuererinnahmen und Einkommensteueranteile vorzuweisen. Dennoch setzen sie aktuell mit dem Krippenbau ein Zeichen für die Zukunft.

Kein anderes Bundesland hat die Bundesmittel so kräftig aufgestockt, wie das in Bayern der Fall war.

(Zurufe der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE), Dr. Simone Strohmayr (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Im Nachtragshaushalt sind 92 Millionen Euro für das Investitionsprogramm Krippenausbau vorgesehen. Das ist mittlerweile bekannt. Ich bitte, die Entlastungskomponente im Rahmen des Nachtragshaushalts zur Kenntnis zu nehmen: 20 Millionen Euro als Zuschuss zum letzten Kindergartenjahr, eine qualitative Verbesserung des Anstellungsschlüssels mit 11 Millionen Euro. Im Ganztagsschulbereich findet jedes Kind, das eine Nachmittagsbetreuung sucht, seinen Platz, wenn auch nicht unbedingt in der gebundenen Form. Das erwarten die Eltern aber gar nicht.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Fragen Sie doch einmal auf Elternversammlungen nach: Manche Eltern kennen noch nicht einmal den Unterschied zwischen der gebundenen und der offenen Form der Ganztagsbetreuung.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Kolleginnen und Kollegen, wir haben alle noch Redezeit.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Hier sind nicht die Gelder des Aufbruchs Bayern eingerechnet. Die gerade genannte Summe besteht aus fresh Money. Das ist alles bayerisches Geld.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sprechen in Ihren weiteren Anträgen von zweifellos vorhandenen Überforderungssituationen von Frauen. Diese gibt es natürlich. Das streitet niemand ab. Es ist aber nicht so, dass der Staat untätig wäre. Ich darf beispielsweise auf die Angebote der Mutter-Kind-Kuren sowie auf die Haushaltshilfen und Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Krankheits- und Erholungsfall hinweisen. In Ihren Anträgen werden diese Möglichkeiten als nicht vorhanden suggeriert.

Zudem gibt es Familienferienstätten für gemeinsame Aufenthalte mit entsprechenden Angeboten. Die Leistungen der Familienpflege sollen vor allem Mütter entlasten, die ihre Kinder wegen Krankheit nicht selbst versorgen können. Hier gibt es eine Infrastruktur, die auch genutzt wird und die hier einmal hervorgehoben werden muss. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Frauen für die häusliche Pflege ihrer Angehörigen entsprechende Entlastungsangebote erhalten. Wir haben Fachstellen für pflegende Angehörige, und wir haben niedrighschwellige Betreuungsangebote, die über die Pflegekassen laufen. Wenn eine Pflegeperson ausfällt, kann für bis zu vier Wochen eine Ersatzpflege gewährt werden.

Die in Ihrem Antrag geforderten lokalen Netzwerke können auf staatlicher Basis nicht finanziert werden. Ergänzende Hilfestellungen müssen über die Nachbarschaftshilfe und die Selbsthilfe vor Ort geregelt werden. Wir haben hier gut funktionierende Systeme. Ich verweise auf viele Alleinerziehenden-Initiativen, Mütterzentren und Familienbildungsstätten, die sehr vieles, was von Ihnen moniert wurde, abdecken. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement - vor allem im sozialen Bereich - noch weiter stärken und fördern. Die Ehrenamts-Card ist dazu ein Einstieg. Diese Maßnahme soll noch ausgebaut und gefestigt werden. Wir alle wissen, dass es dafür in den nächsten Jahren eine große Notwendigkeit geben wird.

(Horst Arnold (SPD): Oberfranken stirbt aus!)

- Leisten Sie einen Gegenbeitrag, damit Oberfranken nicht ausstirbt. Suchen Sie sich eine Oberfränkin.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU - Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dieses Thema ist nicht so lustig. Deshalb bin ich jetzt erstaunt, dass Sie hier so lachen.

Ich möchte abschließend noch einen Hinweis geben: Wenn wir uns die Statistiken ansehen, haben wir natürlich vor allem die Frauen im Fokus, die sich im Rentenalter be-

finden. 77 % der Frauen, die zwischen 1941 und 1962 geboren sind, haben laut der Statistik wegen der Kindererziehung ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen. Diese Frauen haben im Durchschnitt über zehn Jahre lang pausiert. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Rente. Die Situation hat sich in den letzten Jahren signifikant verändert. Heute teilen sich Frauen und Männer - wenn sie dies wollen - die Arbeit zu Hause und die Erwerbstätigkeit außer Haus. Diese Tendenz verstärkt sich doch.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

In Bayern wird doch niemand dazu gezwungen, einen bestimmten Lebensweg einzuschlagen. Meine Damen und Herren, wir schaffen verbesserte Anreize über das Elterngeld. Wir bauen Kindertagesstätten aus. Wir regeln die Ganztagsbetreuung an Schulen. Wir unterstützen die Betreuung, unabhängig davon, wie jeder für sich das organisiert und annimmt. Dies kommt doch den Frauen und Männern entgegen. In Bayern gibt es im Übrigen bei den Frauen die höchste Erwerbsquote.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

- Meine Damen und Herren, regen Sie sich doch nicht so auf.

Die Wahlfreiheit wird sich immer an den Realitäten und an den Rahmenbedingungen orientieren, die jeder und jede für sich vorfindet. Die Frauenarmut wird mit Sicherheit nicht dadurch reduziert, dass mehr Geld ins soziale System gepumpt und noch mehr soziale Stütze angeboten wird. Nein. Für mich sind die wirksamsten Instrumente gegen Frauenarmut

(Harald Güller (SPD): Der Mindestlohn!)

bestmögliche Qualifizierung, verlässliche familienpolitische Rahmenbedingungen und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Wirtschaft und die Unternehmen dürfen von Frauen nicht pauschal verlangen, dass sie die Berufsbiografien der Männer kopieren. Die Wirtschaft muss hier - wie das der öffentliche Dienst vormacht - entspre-

chende Impulse setzen. Das ist meine Vision der Zukunft. Das würde auch gut funktionieren.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Mindestlohn!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Das Wort hat Herr Prof. Dr. Bauer für die FREIEN WÄHLER.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialbericht 2010 hat schon gezeigt, dass es enorme soziale Probleme gerade bei Frauen und älteren Menschen in Bayern gibt. Der Sozialbericht 2011 hat dies bestätigt. Frauen verdienen - in gleicher Position - zum Beispiel als Arbeiterinnen durchschnittlich 29 % weniger, als Angestellte sogar durchschnittlich 32 % weniger als Männer. Meine Damen und Herren, dies gilt nicht in irgendeinem Staat, sondern direkt vor unserer Haustür. Diese soziale Schieflage ist nicht länger hinzunehmen. Diese soziale Schieflage gilt es zu verändern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was noch wichtiger ist: Der Trend der letzten Jahre hat aufgezeigt, dass diese Schieflage immer stärker wird und das Gefüge immer mehr ins Rutschen kommt. Für die Zukunft ist zu befürchten - die Tatsachen sprechen dafür -, dass sich dieser Trend noch verstärken wird; denn bereits im Jahr 2009 bezogen in Bayern 2,3 % aller Frauen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen. Im Vergleich dazu lag der Prozentsatz bei Männern bei 1,8 %. Dies zeigen die aktuellen Ergebnisse des Berichts aus dem Sozialministerium zur sozialen Lage in Bayern 2011. Das sind weiß Gott keine Zahlen der Opposition.

"Armut ist alt und weiblich." Dieser Ausspruch ist seit vielen Jahren bekannt und leider auch weiterhin gültig. Dem gilt es, entgegenzuwirken. Was sind die Gründe für diese Feststellung? Die Karrierechancen von Frauen sind von vornherein geringer. Wirft man einen Blick auf die Führungsetagen - dabei darf man nicht nur auf die DAX-Kon-

zerne schauen -, so trifft man dort viel zu wenige Frauen an. Im öffentlichen Dienst sieht es auch nicht besser aus. Das möchte ich an dieser Stelle feststellen. Die Tatsache, dass es in der Richterschaft mehr Frauen gibt, bedeutet noch keine grüne Wiese.

Typische Frauenberufe wurden von Anfang an schlechter bezahlt. Ich nenne als Beispiele Friseurinnen, Pflegerinnen und Erzieherinnen. Das wissen wir alle. Frauen leisten nach wie vor weit mehr unbezahlte Familienarbeit als Männer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Bei der Erziehung der Kinder und bei der Pflege älterer Angehöriger sind Frauen überdurchschnittlich tätig. Aus diesem Grunde wird gerade von Frauen häufig eine Teilzeitarbeit gesucht. Dies hat aber später zur Folge, dass ihre Rentenanwartschaften viel zu niedrig sind. Schließlich steigt auch das Armutsrisiko von Frauen erheblich, sobald Familienstrukturen zerbrechen. Dies ist heute noch nicht so deutlich angesprochen worden. Wenn Familien durch eine Scheidung oder die Trennung von einem Partner auseinanderbrechen, hat das massive negative Auswirkungen auf die Frauen. Vor allem Alleinerziehende haben mit 40 % die höchste Armutsgefährdung in Bayern. Zu 90 % handelt es sich dabei um alleinerziehende Frauen.

Die Alterssicherungssysteme orientieren sich bisher an einer ununterbrochenen normalen Erwerbsbiografie. Frau Kollegin Brendel-Fischer, damit benachteiligen wir Frauen, die Erziehungs- und Pflegezeiten in Anspruch nehmen müssen; denn diese Pflegezeiten werden bei der Rente nur anteilig berücksichtigt. Unsere Gesellschaft ist aber darauf angewiesen, dass die zunehmende Zahl von pflegebedürftigen älteren Menschen zu Hause gepflegt wird. Dies muss zum Wohle der älteren Menschen gesellschaftlich und auch finanziell anerkannt werden. Seien wir doch ehrlich: Eine zunehmende Inanspruchnahme der stationären Pflege - was die einzige Alternative wäre - wäre unfinanzierbar. Diese finanziellen Belastungen könnten wir in unserem System nicht schultern. Die Pflegeversicherung hat bereits jetzt finanzielle Probleme. Wie soll das in Zukunft gehen, wenn mehr auf die stationäre Pflege eingegangen wird?

Wir von den FREIEN WÄHLERN setzen uns nachdrücklich für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Dieses Problem müssen wir an der Wurzel packen. Deswegen begrüßen wir grundsätzlich die vorliegenden Anträge. Wir von den FREIEN WÄHLERN haben ja schon ähnliche Anträge gestellt. Hinsichtlich der Aspekte Lohnungleichheit, Ausbau der Kinderbetreuung und kostenfreies Kindergartenjahr hat sich dankenswerterweise etwas getan; das begrüßen wir sehr. Netzwerke für Notfälle aufzubauen, ist auch ein wichtiger Punkt; denn es fallen immer mehr aus.

Wir können also den vorliegenden Anträgen teilweise zustimmen. Nähere Ausführungen habe ich schon im Sozialausschuss gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Dr. Bauer. Ich bitte jetzt für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Frau Stamm nach vorne.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau zu sein bedeutet in Bayern, arm zu sein.

(Lachen bei der CSU)

- Wenn Sie das zum Lachen finden, ist das sehr traurig. Frau Kollegin Strohmayer hat hier heftige Zahlen vorgetragen. Ich muss sie wohl wiederholen, weil Ihnen zum Lachen zumute ist. Es ist sicher merkwürdig, wie Ihnen jetzt noch zum Lachen zumute sein kann, wenn wir davon reden,

(Lebhafte Zurufe von der CSU)

dass Alleinerziehende ein viermal höheres Armutsrisiko haben als der Durchschnittsbayer.

(Josef Miller (CSU): Wo leben Sie denn? - Zahlreiche Zurufe von der CSU - Unruhe)

In Bayern gibt es 25 % Gender Pay Gap, während es im übrigen Deutschland 23 % sind.

(Anhaltende Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Brendel-Fischer hat zu Recht mehr Ruhe eingefordert. Dasselbe kann natürlich auch Kollegin Stamm tun.

(Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

Claudia Stamm (GRÜNE): Vielen Dank. - Lesen Sie doch einfach einmal die Zahlen, die auf der Internetseite des Sozialministeriums veröffentlicht sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss der Realität, die diese Zahlen besagen, gegensteuern. Das bedeutet unter anderem mehr Kinderbetreuungsplätze. Auf Bundesebene bedarf es eines Instruments wie der Kindergrundsicherung ganz dringend. Es gibt riesige Unterschiede, und zwar nicht in den Großstädten, sondern auf dem Land, nämlich da, wo die Frauen nicht am Arbeitsleben teilnehmen können, weil es viel zu wenige Betreuungsangebote gibt. In der neuen Studie, die vor Kurzem veröffentlicht wurde, ist das auf der Seite des Sozialministeriums nachzulesen.

(Zurufe von der CSU)

Bauen Sie die Kinderbetreuungsplätze zügig aus.

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

- Könnten Sie mich jetzt einfach einmal reden lassen, oder sollen wir dieses Spiel weitermachen? - Es ist notwendig, in die Qualität und in flexible Öffnungszeiten zu investieren. Genau das will unser Gesetzentwurf, den wir hier in der letzten Woche in Erster Lesung eingebracht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in unserem Gesetzentwurf klargemacht, dass man nicht gleichzeitig alles wollen kann. Man kann nicht Kostenfreiheit und Verbesserung der Qualität und flexible Öffnungszeiten wollen.

(Jörg Rohde (FDP): Doch!)

Die Zahlen in Bayern sprechen eine traurige Sprache; wir haben es gerade gehört. Bayerische Rentnerinnen bekommen ungefähr die Hälfte dessen, was die Männer bekommen. Damit kann eigentlich niemand zufrieden sein, auch Sie nicht, meine Herren von der CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Für den großen Gender Gap bei den Renten sind viele Dinge verantwortlich, unter anderem die Tatsache, dass die Berufe, welche die Frauen wählen, hundsmiserabel bezahlt sind. Wir sind uns hier ja eigentlich darin einig, dass es so nicht weitergeht. Sie aber tun nichts dafür, ganz im Gegenteil. Da heißt es immer: Ach, da kann man nichts machen, das ist Sache der Tarifparteien. Als hätte die Politik keinen Einfluss auf die Tarifparteien!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist Tatsache, dass Erzieherinnen heute etwas ganz anderes leisten müssen als zu den Zeiten, als wir alle in den Kindergarten gegangen sind. Der Kindergarten ist heute eine Bildungseinrichtung, aber die Erzieherinnen werden nicht angemessen bezahlt. Tun Sie endlich etwas dafür, dass sie angemessen für das bezahlt werden, was sie da für unsere Kinder und für unsere Enkelkinder leisten müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle sozialen Berufe sind schlecht bezahlt. Wir haben heute schon einen Mangel an Pflegekräften. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach solchen Berufen sehr viel größer. Das ist ein Zukunftsmarkt und auch ein Wirtschaftsfaktor. Die Frage, wie groß dieser

Wirtschaftsfaktor ist, wäre vielleicht einer Anhörung im Wirtschaftsausschuss wert und könnte dazu beitragen, dass das Thema einmal bei den Herren und vielleicht auch Damen der CSU ankommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man diese Frauen adäquat bezahlen würde - meistens sind es Frauen, die diesen Beruf ausüben -, würden Sie sich wundern, was das für ein Wirtschaftsmarkt wäre.

Frauen stecken besonders oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Hilfreich wäre dabei ein Mindestlohn. Da gibt es neuerdings ganz vorsichtige, erste Schritte, trippeltrappel, von CDU und CSU in diese Richtung, nachdem Sie das Teufelszeug wie Krippe, Ganztagschule und was auch immer für sich entdeckt haben. Jetzt entdecken Sie endlich auch Instrumente wie den Mindestlohn - besser spät als nie!

Der Gender Gap bei den Renten wird aktuell im kleinen Sozialbericht belegt. Die Altersrente für die Männer liegt bei gut 1.000 Euro, für die Frauen bei gut 500 Euro. Die Zahlen, welche die Kollegen vorhin genannt hat, waren die Zahlen der Versichertenrente; die sehen noch ein bisschen besser aus. Die Frauen bekommen also die Hälfte dessen, was die Männer bekommen. Warum ist das so? - Einige Gründe habe ich schon angeführt. Ein weiterer Grund ist eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Frauen unterbrechen in der Regel die Erwerbstätigkeit öfter als Männer. Also, liebe schwarz-gelbe Staats- und Bundesregierung, überlegen Sie einmal, was Sie mit Ihrem Betreuungsgeld anrichten.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Stamm, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Claudia Stamm (GRÜNE): Danach. - In erster Linie ist Ihr Betreuungsgeld ein Schweigegeld, und zwar dann, wenn der gesetzlich zugesicherte Betreuungsplatz in der Krippe nicht vorhanden ist. Dann machen Sie Frauen ärmer durch die Rente.

Wenn Sie das Betreuungsgeld einführen, müssten Sie gleichzeitig in der Rentenversicherung etwas für die Frauen tun.

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

Tun Sie endlich etwas für die Frauen in der Rentenversicherung! Rechnen Sie endlich Erziehungszeiten adäquat und besser an!

(Zurufe von der CSU)

- Ach so, das will nur Frau Haderthauer.

(Zurufe von der CSU - Unruhe)

Die deuten immer auf sie. Die CSU-Fraktion will offenbar das Betreuungsgeld gar nicht, sondern nur Frau Haderthauer. Das ist ja spannend, was man hier erfährt.

(Eberhard Sinner (CSU): Das wollte die Barbara auch! - Anhaltende Zurufe von der CSU)

- Und was soll der Scheiß oder Schmarrn jetzt?

(Unruhe)

Wenn Sie das Betreuungsgeld einführen, dann müssen Sie auch in der Rentenversicherung etwas für die Frauen tun. Machen Sie beides, aber sagen Sie mir auch, woher Sie das Geld nehmen wollen. Ich weiß nicht, woher Sie das Geld nehmen wollen.

(Zurufe von der CSU)

Das ist ein weiteres Armutszeugnis für Bayern. Frau Ministerin Haderthauer lässt sich mit dem neuen Zukunftsministerium immer feiern: In Bayern sind die meisten Frauen im Vergleich zu den anderen Bundesländern erwerbstätig. Super, super, super, das ist wirklich eine Spitzenposition. Gleichzeitig nehmen wir die Spitzenposition beim Gen-

der Pay Gap ein. Hier ist der Durchschnitt in Bayern höher als der Durchschnitt in der Bundesrepublik. Schon der Durchschnitt in der Bundesrepublik ist ziemlich schlecht im Vergleich zur EU. Wir wollen immer das beste, das tollste, das solideste Land sein. Beim Gender Pay Gap sind wir aber das drittschlechteste Land. Auf den Plätzen hinter uns liegen etwa noch die Slowakei und Zypern mit 23 Prozentpunkten im Durchschnitt. In Bayern sind es 25 Prozentpunkte, wir sind also schlechter. Auf der einen Seite haben wir also die höchste Erwerbsquote und auf der anderen Seite den höchsten Gender Pay Gap. Was für ein Armutszeugnis ist das denn? Tun Sie endlich etwas dagegen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am allerschlimmsten - das habe ich schon erwähnt - trifft es in Bayern die Alleinerziehenden. Das Armutsrisiko Alleinerzieher ist viermal so hoch wie das des Durchschnittsbayern. Das sollten Sie als Christlich Soziale Union auf keinen Fall hinnehmen. Einer unserer Anträge, den wir eingereicht haben und der auch abgelehnt wurde, forderte integrierte Dienstleistungszentren.

Die schon erwähnte neue Studie des Sozialministeriums trägt den Titel "Warum Frauen nicht arbeiten können und Männer das Geld verdienen". Das ist eine Studie über gleiche Chancen für Frauen und Männer in den ländlichen Räumen Bayerns mit den Themen Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Freiwilligenarbeit. Darin wird etwas konstatiert, was wir schon ganz lange sagen. Jetzt tun Sie etwas und folgen den Handlungsempfehlungen, etwa der Empfehlung, Ungleichheiten systematisch abzubauen und die Gleichstellung in der Arbeitswelt im Sinne von Gender Mainstreaming zu fördern. Setzen Sie das endlich um. Die Einhaltung der Grundsätze von Gender Mainstreaming haben Sie hier schon vor langer Zeit beschlossen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Frauenarmut ist ein wichtiges und ernstes Thema. Schade, dass Sie da so lachen müssen. Die Stoßrichtung der Anträge der SPD ist richtig, und wir stimmen allen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin. Herr Dr. Kirschner, Sie hatten eine Zwischenbemerkung angemeldet.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Frau Stamm, es ist richtig, dass Frauen oft unterbezahlt sind. Das wird von meiner Seite nicht bestritten. Ich stimme Ihnen aber nicht zu, wenn Sie diese Dinge verallgemeinern. Ich selbst habe etwa 140 Frauen beschäftigt. Die verdienen nicht weniger, manchmal sogar mehr als die Männer.

(Simone Tolle (GRÜNE): Sie sind nicht die ganze Welt, Herr Dr. Kirschner! - Zurufe von den GRÜNEN)

- Es geht um das Verallgemeinern und die Behauptung, dass Frauen generell schlechter bezahlt werden als Männer. Das ist doch Unsinn!

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Frau Stamm, Sie haben zwei Minuten zur Beantwortung.

Claudia Stamm (GRÜNE): Herr Kollege Kirschner, es wäre schön, wenn Sie mir zugehört hätten. Ich habe nicht gesagt, dass Frauen immer schlechter bezahlt werden, sondern ich habe gesagt, dass Frauen im Durchschnitt schlechter bezahlt werden. Schön, wenn die Frauen bei Ihnen genauso viel verdienen wie die Männer, ich weiß aber von öffentlich-rechtlichen Anstalten, wo das nicht der Fall ist. Es ist einfach so, dass man bei Frauen oft annimmt, dass sie irgendwann schwanger werden und deshalb ausfallen. Diese Ungerechtigkeit gehört unbedingt abgebaut. Ob wir das hier im Landtag können, ist eine andere Frage. Es gibt aber genügend bundesrechtliche Regelungen, und es gab deshalb auch manche Anträge, die Bundesratsinitiativen zum Inhalt hatten. Es ist aber ein durchschnittlicher Gender Pay Gap. Wenn Sie mit diesen

Zahlen Probleme haben, dann müssen Sie sich an Frau Haderthauer wenden, denn das sind offizielle Zahlen des Ministeriums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich bitte Frau Meyer zu uns. Sie haben sich für die FDP zu Wort gemeldet.

Brigitte Meyer (FDP): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau zu sein bedeutet, arm zu sein. Das ist in der Tat keine Aussage, die hier zum Lachen animieren sollte. Ich finde aber, das ist eine sehr pauschale Aussage. Ich möchte sie für mich nicht in Anspruch nehmen und ich denke, man kann sie auch nicht so verallgemeinern.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf von den GRÜNEN: Ja, Sie!)

Es stimmt, laut dem aktuell erschienenen Bericht zur sozialen Lage in Bayern 2011, wir haben ihn gehört, leben 12 % der Frauen in Armut. Alleinerziehende, auch das stimmt, haben eine Quote von 34,1 %. Diese Zahlen sind zu hoch, wenn man das durchschnittliche Armutsrisiko von 11,1 % in Bayern betrachtet. Insgesamt, und es kommt immer auf den Standpunkt an, wo man zu rechnen anfängt,

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt!)

ist in Bayern die Zahl für Frauen, die alleinerziehend sind, im Gegensatz zum Bundestrend gesunken. Sie, Frau Strohmayer, haben von 2003 gesprochen, wenn wir aber 2005 hernehmen, dann ist die Zahl im Vergleich zum Bundestrend gesunken. Ich muss ehrlich sagen, ich habe mit diesen statistischen Zahlen immer Probleme. Wenn wir nämlich genau hinsehen, sind unter den Alleinerziehenden sehr viele Frauen, die in eheähnlichen Beziehungen leben. Doch auch sie werden als alleinerziehend geführt. Ich denke, hier sollte man etwas differenzieren.

Man darf deshalb schon sagen, dass wir in Bayern mit unseren Maßnahmen auf einem richtigen Weg sind. Armut, und in diesem Fall besonders die Armut von Frauen, muss in Bayern auch weiterhin bekämpft werden, das ist unbestritten, und ich denke, in dieser Frage sind wir uns alle einig. Verschieden sind aber immer die Wege, die wir gehen wollen und die wir vorschlagen. Für uns als FDP ist Bildung ein zentraler und wichtiger Schlüssel zu Chancengerechtigkeit und zu sozialem Aufstieg. Wir setzen uns deshalb für qualitativ hochwertige Bildung ein, beginnend in der Krippe, dem Kindergarten, in Schule, Ausbildung und Studium. Bildung und eine starke Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft, sind nach unserem Dafürhalten die beste Armutsprävention.

(Beifall bei der FDP)

Um Armut bei Frauen und speziell bei alleinerziehenden Müttern vermeiden zu können bedarf es, und auch das ist richtig und wird immer wieder angesprochen, einer familienfreundlichen Arbeitslandschaft mit flexiblen Arbeitszeiten, Arbeitszeitkonten sowie auch Pflegeauszeiten. Darüber hinaus brauchen wir familienbildende Maßnahmen. Ganz besonders wichtig dabei ist, und auch das haben Sie in allen Beiträgen immer wieder angesprochen, ein bedarfsdeckendes Angebot an qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung. Aus Sicht der Liberalen müssen Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen besser vereinbar sein. Auch die richtige Rentenpolitik ist wichtig und dient der Armutsbekämpfung.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP fordert daher eine generationengerechte Rentenpolitik mit einem flexiblen Renteneintrittsalter, mit unbegrenzter Hinzuverdienstmöglichkeit für Rentner und einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge. Auch auf dem Lande leben Frauen in Armut. Ich denke, ich weiß, wovon ich rede, denn ich bin in dieser Generation und ich bin auf dem Land groß geworden. Ich kenne viele dieser Frauen, die beispielsweise in Oberfranken - was ich immer noch als meine Heimat bezeichne - auf kleinen Bauernhöfen leben, auf Höfen, die sie nicht veräußern können, von denen sie sich nichts ab-

schneiden können, und diese Frauen haben eine ganz geringe Rente. Es ist deshalb wichtig, dass in den Kommunen die Strukturen stimmen, dass die Familien manches auffangen. Für diese Frauen ist es jetzt zu spät, sie haben die Rentenansprüche nicht mehr. Trotzdem halten wir die von Ihnen vorgeschlagenen Ideen zur Armutsbekämpfung von Frauen nicht unbedingt für zielführend.

Ich möchte zu Ihren Anträgen Stellung nehmen. Auf den immer wieder geforderten Mindestlohn wird Herr Kollege Rohde nachher noch eingehen. Ich möchte Antrag Nummer zwei ansprechen, in dem es um die Sozialwohnungen und den sozialen Wohnungsbau geht. Ich denke, und die FDP fordert das auch, dass die Subjektförderung weitaus effektiver ist als die Objektförderung. Wenn wir sozialen Wohnungsbau nehmen, so ist das in erster Linie eine Aufgabe der Kommunen. Hier kommt man sehr schnell an Grenzen und stellt fest, dass zu wenige Wohnungen vorhanden sind. Die Subjektförderung ist sehr wichtig, damit wirklich speziell und gezielt gefördert werden kann, in München beispielsweise mehr als in einem kleinen Ort in Ober- oder Mittelfranken.

(Jörg Rohde (FDP): Das ist wesentlich effektiver!)

Noch ganz grundsätzlich: Sie fordern in Ihrem Antrag hochwertige Betreuungsangebote. Ich denke, der bedarfsgerechte Ausbau der Kinderbetreuung ist auch eine Aufgabe der Kommunen. Die Kommunen haben sich auf den Weg gemacht. Es ist richtig, in Bayern hat ein Nachholbedarf bestanden. Ich finde aber, man sollte nicht immer alles schlechtreden, man sollte auch einmal anerkennen und feststellen, dass hier in den letzten Jahren wirklich viel getan wurde. Die Kommunen haben sich wirklich aufgemacht und der Freistaat ist bereit, das Geld zur Verfügung zu stellen, nachdem die Bundesmittel aufgebraucht sind. Wir haben Sonderinvestitionsprogramme aufgelegt. Wir haben auch bei den Ganztagschulen einen Nachholbedarf, aber wir bewegen uns auch hier nach vorn und sind signifikant vorangekommen. Wir haben das als FDP schon damals im Koalitionsvertrag verankert. Ich denke, wir haben immer noch einen Weg vor uns, aber wir sind schon sehr weit vorangekommen.

Kostenloses Mittagessen, auch das ist Inhalt einer Ihrer Anträge. Wir sind in Bayern in Vorleistung gegangen, haben das übernommen. Inzwischen wird es vom Bund bezahlt. Auch die ganzen Projekte, die Frau Brendel-Fischer aufgeführt hat, beispielsweise die Familienferienstätten, die Mutter-Kind-Kuren und auch die Hilfsangebote für Frauen in Not sind noch immer verbesserungsfähig. Ich wehre mich aber dagegen, immer so zu tun, als ob bei uns hier in Bayern alles schlecht ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben ein Problem, und daran müssen wir arbeiten, aber wir müssen auch sehen, dass wir in der Vergangenheit Strukturen geschaffen haben. Immer dort, wo Armut herrscht, vor allem dann, wenn Kinder betroffen sind, wird es schwierig und problematisch. Wir sind dann ganz besonders gefordert. Wir alle wollen uns auf den Weg begeben, aber Ihre Wege sind anders als unsere. Deshalb werden wir Ihre Anträge in dem Bewusstsein ablehnen, dass auch wir auf unseren Wegen immer noch weitergehen müssen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächster hat sich Herr Kollege Dr. Vetter zu Wort gemeldet. Bitte.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte es nicht verlängern, aber drei oder vier Gedanken möchte ich noch in die Diskussion einbringen. Ich möchte vor allem auf einen Aspekt eingehen, und zwar auf die Situation von Frauen im Berufsleben. Ich denke, hier ist die eigentliche Wurzel für die Altersarmut von Frauen zu sehen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt so nicht!)

Wenn während der Phase der Erwerbstätigkeit keine ausreichenden Rentenanwartschaften aufgebaut werden können, dann erhöht sich auch das Risiko der Altersarmut, von der vor allem die Frauen betroffen sind. Was müssen wir tun, was können wir tun?

- Ich denke, wir benötigen ein vielfältiges Maßnahmenbündel, das von Mentoring-Programmen über gezielte Fortbildungen in Führungspositionen bis hin zu einem weiteren Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten reicht, und zwar nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht.

Jetzt folgen die zwei Bemerkungen, die ich hier noch machen wollte.

Als eher kontraproduktiv kann in diesem Zusammenhang sicher die Einführung eines Betreuungsgeldes angesehen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Das wäre bestimmt eine angenehme Maßnahme, wenn Finanzmittel unbegrenzt zur Verfügung stünden. In Zeiten knapper Kassen müssen jedoch Schwerpunkte gesetzt werden. Die Mittel müssen dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden, beispielsweise zur Unterstützung Alleinerziehender.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Das Betreuungsgeld verstärkt das Risiko von Altersarmut bei Frauen, da gerade für Frauen in schlechter bezahlten Berufen ein Anreiz geschaffen werden könnte, aus der Berufstätigkeit auszusteigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Es ist einfach so - und das ist für mich der Knackpunkt -, dass sich das später bei den Rentenleistungen auswirken wird.

Die zweite Bemerkung: Nachdem die freiwillige Verpflichtung von Wirtschaftsunternehmen zur Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen in den letzten Jahren nicht zur gewünschten Entwicklung geführt hat, wäre aus meiner Sicht jetzt der richtige Zeitpunkt, um wieder über eine Quote nachzudenken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich würde die Diskussion ungern abreißen lassen. Ich bin mir sicher, dass dieser Prozess noch nicht zu Ende ist. Die jetzige Situation, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, können wir auf Dauer nicht hinnehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Dr. Vetter. - Für die FDP: Herr Kollege Rohde, bitte.

Jörg Rohde (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Kollegin Meyer schon angekündigt hat, spreche ich hier vor allem zum Thema "Mindestlohn". Ich muss aber erst noch kurz auf meinen Vorredner eingehen, auf die Quote. Wir können sicher gemeinsam feststellen, dass das Tempo, mit dem die Wirtschaft vorangeht, langsam und verbesserungsfähig ist. Aber es geht in die richtige Richtung. Deswegen brauchen wir da keine gesetzlichen Vorgaben. Geben Sie der Wirtschaft noch etwas Zeit. Die Selbstverpflichtung ist eingegangen worden.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) - Zurufe von der SPD)

- Nur Geduld.

Zum Thema "Mindestlohn" steht in dem Antrag, dass Sie sich eine klare Aussage der Staatsregierung wünschen. Die FDP ist Teil der Staatsregierung. Unsere Position zum Thema "Mindestlohn", speziell zu einem gesetzlichen Mindestlohn ist bekannt, aber ich wiederhole Sie gerne. Da reichen mir zwei Minuten Redezeit. Wir meinen, dass ein zu hoch angesetzter gesetzlicher Mindestlohn Arbeitsplätze vernichtet. Dann bekommen wir andere Probleme. Sie kennen das sicherlich schon. Der Mindestlohn wird den Frauen nicht helfen, wenn die Arbeit nicht zur Verfügung steht. Ich muss nicht alle Zahlen wiederholen. Wir haben alle den gleichen Sozialbericht. Uns liegen die gleichen Zahlen vor.

Frau Dr. Strohmayr hat eben gesagt, dass bei gleicher Arbeit und gleicher Qualifikation eine Differenz von 8 % besteht. Dieser Zustand ist zu bemängeln. Wir müssen der

Wirtschaft den Spiegel vorhalten. Aber Hand aufs Herz: Gibt es *die* gesetzliche Maßnahme, die genau dieses Problem löst?

(Horst Arnold (SPD): Artikel 3 Grundgesetz!)

- Das ist vielleicht etwas pauschal, aber wenn Sie im Einzelfall vor Gericht argumentieren müssen, bekommen Sie Schwierigkeiten, wenn zwei Arbeitnehmer mit vergleichbaren Jobs, die in einer Nuance in ihrem Lebenslauf vielleicht doch einen Unterschied vorweisen können, unterschiedlich entlohnt werden. Der Arbeitgeber kann sich auf diesen Unterschied berufen. Deswegen zahlt er dem einen einen Euro mehr pro Stunde. Sie können es nicht dingfest machen. Das ist das Problem bei der Sache. Wir bemängeln und kritisieren das. Aber ich kann das nicht mit einem Gesetz bekämpfen. Der Mindestlohn führt uns nicht weiter.

Auf Bundesebene gehen wir bei den Lohnuntergrenzen mit, bei denen die Tarifpartner sagen: Okay, das ist die Basis, wir sollten uns darüber bewegen, nicht darunter. Wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer einig sind, sprich die Arbeitnehmervertreter, dann macht die FDP keinen Strich durch die Rechnung. Aber dies gesetzlich festzuschreiben, würde zu Wahlkämpfen über Euro-Beträge führen. Das wollen wir nicht.

Ich stehe gerne für Rückfragen zur Verfügung. Leider ist meine Redezeit zu Ende. Ich bin aber ganz sicher, dass uns das Thema im Landtag noch einmal begegnen wird. Ich freue mich auf die nächste Debatte. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege. Fast eine Punktlandung. - Für die Staatsregierung spricht Frau Staatsministerin Haderthauer, bitte.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Die Fakten zur Wohlstands- oder Armutssituation von Frauen sind dargelegt. Aber Fakten müssen auch Fakten bleiben. Mir liegt daran, deutlich zu machen, dass Armutsgefährdungsquoten nicht Armutsquoten sind, sondern Armutsgefährdungsquoten bleiben. Die haben wir

im Sozialbericht niedergelegt. Wenn wir nicht nur den Erwerb, nicht nur das Einkommen, sondern auch das Vermögen und was sonst noch zur Verfügung steht durch Bezüge im familiären Bereich zugrunde legen, dann müssen wir uns die Mindestsicherungsquoten anschauen. Die Mindestsicherungsquoten sagen uns, dass es Frauen nirgendwo in Deutschland so gut geht wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kollegin Strohmayr hat die bundesweit besten Zahlen für die Situation von Frauen hier nicht vorgetragen bzw. hat so getan, als seien die bayerischen abgründig schlecht. Dabei sind es die bundesweit besten Zahlen. In den Bundesländern, in denen die SPD auch nur zeitweise in der Verantwortung war oder ist, sind die Zahlen deutlich schlechter.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das spricht nicht dafür, dass Sie die besseren Konzepte haben, sondern es spricht dafür, dass wir die besseren Konzepte haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Letztendlich ist das Ergebnis entscheidend.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Doch. Der Beweis sind die Fakten. Was ist überzeugender als Fakten? Sagen Sie mir das. - Okay, eure Ideologien vielleicht. Aber wir sind immer noch diejenigen, die reelle Politik machen wollen.

Ansonsten atmen die Anträge Ansätze der Planwirtschaft. Das ist schon richtig betont worden.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen wundert es mich nicht, dass die GRÜNEN zustimmen. Bei den FREIEN WÄHLERN wundert es mich doch ein bisschen. Aber bei denen ist das jeden Tag anders.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Nein.

Ich möchte fortfahren mit ein paar Überlegungen, soweit sie nicht schon von Kollegin Brendel-Fischer ganz zutreffend ausgeführt worden sind oder auch von Kollegin Meyer und dem Kollegen Rohde. Eine Ergänzung noch zu den Zahlen der Kinderbetreuung: Bayern ist das einzige Bundesland, das sich beim Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren nicht aus der Verantwortung gezogen hat. Bayern hat als einziges Bundesland mehr Landesmittel in die Hand genommen, als der Bund uns an Bundesmitteln gegeben hat. Die meisten Bundesländer haben sich gesagt: Toll, jetzt zahlt der Bund, dann müssen wir nicht mehr zahlen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Aber warum denn!)

Wir haben auf die 340 Millionen Euro an Bundesmitteln noch 444 Millionen Euro draufgepackt und legen im aktuellen Haushaltsentwurf noch einmal 92 Millionen Euro dazu.

(Widerspruch von der SPD)

Die Zahlen von 2010

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

stimmen lange nicht mehr, liebe Frau Kollegin Strohmayr.

Sie sehen die enorme Dynamik. Wir haben innerhalb von drei Jahren die Zahl der Krippenplätze vervierfacht. Wir sind heute bayernweit bei einem Bedarfsdeckungsgrad von 28 % zum 01.09. Wir werden nach den heute vorliegenden Planungen der Kom-

munen voraussichtlich zum Ende des Jahres 2012 die vonseiten des Bundes für Bayern errechnete Quote von 31 % erfüllt haben und werden im Jahr 2013, wenn der Rechtsanspruch kommt, bei voraussichtlich etwa 36 % liegen. Natürlich gibt es noch Krippenplatzmangel. Aber echte Krippenplatznot und auch Mangel an Kindergartenplätzen besteht in München. Das ist ein Armutszeugnis für Ihre Partei.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kürzlich sagte eine Mutter zu mir: Krippenplatzmangel hat für mich den Namen Christian Ude. - Ich kann das nur unterstreichen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Die Kandidatur macht euch richtig Angst!)

Frau Kollegin Strohmayer, Sie sagten einen wunderbaren Satz, und solche Steilvorlagen wünscht man sich: Frauen würden in Bayern für Kindererziehung immer noch abgestraft. - Danke für diese Steilvorlage, denn sie gibt mir die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass es die Union war, die Kindererziehungszeiten in der Rente eingeführt hat, dass wir gegen Ihren Widerstand am Landeserziehungsgeld festhalten,

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

dass es im Gegensatz zu Ihnen unser Einsatz ist, eine moderne Familienpolitik zu vertreten, wie sie Frankreich und die skandinavischen Länder seit Jahren machen. Sie stellen Vielfalt durch Krippenausbau plus Betreuungsgeld her, was es in all diesen Ländern gibt, allerdings nicht nur mit 150 Euro, sondern mit deutlich über 300 Euro für all diejenigen, die in den ersten drei Lebensjahren ihrer Kinder die Krippe nicht ideal finden. Das ist Familienpolitik, die wieder Lust auf Kinder macht und die Kinder nicht nur als ein Hindernis ansieht, das möglichst schnell aus der Familie herausorganisiert werden sollte.

Ich möchte noch ein Wort sagen zum Thema weibliche Lebensentwürfe und die Möglichkeiten des Staates, darauf Einfluss zu nehmen. Ich glaube, die wichtigste Möglichkeit ist, dass wir dazu kommen, dass unsere Sozialversicherungssysteme Lebensentwürfe besser bewerten, die sich der Familienarbeit widmen, sodass auch der Wechsel zwischen der Erwerbstätigkeit außer Haus und der Arbeit in der Familie, die für alle Beteiligten wichtig ist, gelingen kann. Hier gibt es ganz großen Nachholbedarf. Aber ehrlich gesagt: Hören Sie doch auf, die Mütter von Ein- und Zweijährigen letztendlich den Fachkräftemangel beseitigen lassen zu wollen und noch so zu tun, als ob sich Altersarmut in den ersten zwei Lebensjahren des Kindes manifestieren würde. Sie wissen doch ganz genau, dass es für die ersten drei Jahre, egal, ob man arbeitet oder nicht, Kindererziehungszeiten in der Rente gibt. Das heißt, dass Betreuungsgeld, das man sowieso nur für Ein- und Zweijährige erhält, hat mit Rentenansprüchen nun wirklich gar nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Das wirkt sich später aus, nämlich dann, wenn Mütter nicht mehr den Weg hineinfinden. Da bin ich bei Ihnen: Da muss unsere Wirtschaft viel leisten, viel mehr als sie derzeit tut. Teilzeitarbeit wird zu oft zur Sackgasse. Das sind diejenigen, die dann unter Altersarmut leiden. Dafür muss man aber andere Weichenstellungen vornehmen. Man muss also nicht zwanghaft Mütter von Ein- und Zweijährigen in einen bestimmten Lebensentwurf pressen. Das ist altmodische Ideologie und keine zeitgemäße moderne Familienpolitik.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Eine Zwischenbemerkung von Frau Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Frau Ministerin, geben Sie mir recht, dass die Investitionen in Bayern, die wir getätigt haben - ich gebe Ihnen recht, dass wir sie getätigt haben -, notwendig waren, da wir erst 2003 mit der Betreuung von Kindern unter drei

Jahren begonnen haben, falls Ihnen das entfallen sein sollte? Ich frage Sie des Weiteren, ob Sie mir recht geben, dass wir mit der Zahl von 18,5 %, die Sie im Bericht zur sozialen Lage 2011 ausgewiesen haben, Schlusslicht in Deutschland sind und eben nicht so hervorragend dastehen, wie Sie es uns gerade glauben machen wollten. Weiterhin stelle ich fest, dass eine Frau von 100 Euro im Monat, die sie bekommt, wenn sie zu Hause bleibt und ihr Kind betreut, nicht leben kann und dafür auch keine Rentenzeiten gutgeschrieben erhält. Ich frage Sie auch, ob Sie sich schon einmal ausgerechnet haben, wie viele Kinder denn eine Frau braucht, um von ihrer Rente leben zu können.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte schön.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Zu Ihrer letzten Frage. Ich wundere mich schon sehr: Sie waren immer gegen Kindererziehungszeiten - jetzt sind Ihnen jene, die wir haben, zu wenig. Es wäre schön, wenn Sie uns helfen würden; dann können wir sie vielleicht noch etwas verlängern und erhöhen. Ich halte das für einen tollen Sinneswandel bei Ihnen. Kindererziehungszeiten gibt es unabhängig davon, ob Erwerbstätigkeit stattfindet oder nicht, übrigens genau wie das Betreuungsgeld. Es ist übrigens unglaublich interessant zu sehen, wer alles über das Betreuungsgeld redet, aber im Grunde keine Ahnung hat.

(Beifall bei der CSU)

Das Betreuungsgeld schränkt Erwerbstätigkeit nicht ein. Deswegen hat es nichts mit der Rente zu tun.

Hinsichtlich der Zahlen zum Ausbau der Kinderbetreuung gebe ich Ihnen völlig recht. Ich habe auch nie gesagt, dass diese Mittel unnötig waren. Wir stellen keine unnötigen Mittel in unseren Haushalt. Wir gehen mit den Steuergeldern verantwortungsvoll um.

Wir machen es aber wenigstens, während es viele andere Bundesländer nicht machen, Frau Kollegin.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

- Beruhigen Sie sich; ich erkläre es Ihnen in Ruhe. Das hat dazu geführt, dass wir sehr wohl einen großen Nachholbedarf hatten, den wir aber inzwischen aufgrund einer Dynamik, die ich deutlich machen wollte, reduzieren konnten. Betrachten Sie Ihre Zahl von 18,6 % im Jahr 2010 und vergleichen Sie sie mit der Zahl von 28 % und der Zahl von 36 % des Jahres 2013. Eine ordentliche Dynamik ist vorhanden. Sie war notwendig; sie ist sinnvoll und gut. Ich sage nur, diese Dynamik würde ich mir für alle Bundesländer wünschen. Sie sind nämlich stehen geblieben und machen nicht weiter. Das ist das Thema.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Eine weitere Zwischenintervention wurde uns angezeigt. Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Ministerin, wenn ich mich recht erinnere, ging die Werbung für Betreuungsgeld immer wie folgt: Wir wollen doch, dass sich Mütter frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder zu Hause betreuen oder ob sie sie in die Krippe geben. Das heißt, Sie haben immer propagiert: Mütter, die ihre Kinder zu Hause betreuen wollen, sollen auch nicht leer ausgehen - wobei dieser Vergleich schon immer gehinkt hat; denn Mütter, die ihre Kinder in die Krippe geben, müssen bezahlen, während die anderen kassieren. Das lasse ich jetzt aber einmal beiseite. Bis jetzt ging es immer noch um die Betreuung zu Hause. Jetzt heißt es plötzlich: Ja, sie können das Kind auch von der Tagesmutter betreuen lassen. Warum geben Sie dann Müttern, die sich für eine Krippe entscheiden, kein Betreuungsgeld?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Ich finde es hochinteressant, wie sich bei Ihnen die Wahrnehmung festgesetzt hat, dass es uns um Mütter geht, die zu Hause erziehen. Schauen Sie sich doch einfach an, was wir im Regierungsprogramm, im Gesetzestext und im Koalitionsvertrag stehen haben. Dort werden Sie weder das Wort "Mutter" noch die Worte "zu Hause" finden, sondern da finden Sie lediglich als einziges Unterscheidungskriterium: die keinen öffentlich geförderten Kinderbetreuungsplatz in Anspruch nehmen. Das ist das einzige Entscheidungskriterium.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

- Ganz ruhig, kommt alles. Der Grund ist, dass jeder Krippenplatz, den die öffentliche Hand fördert, durchschnittlich 1.000 Euro Steuergelder pro Monat kostet. Das ist eine Sachleistung in Höhe von 1.000 Euro.

(Zurufe der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE) und der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

- Darf ich ausreden? - Natürlich gibt es zusätzlich auch die Eigenbeteiligung der Eltern. Das ist aber übrigens eine ab 2013 staatlich garantierte Sachleistung, die auch den Familien, die das nicht brauchen, Steuergelder kostet. Es geht um eine Sachleistung in Höhe von 1.000 Euro.

(Beifall bei der CSU)

Nach den vorliegenden Bedarfsschätzungen betrifft dies bestenfalls 35 % aller Eltern. Das ist die prognostizierte Marge. Der grüne Ministerpräsident Kretschmann hat für Baden-Württemberg eine niedrigere Ausbauzielquote vorgegeben, als die Gemeinden in Bayern sie anstreben. Baden-Württemberg reichen 34 % - das fand ich hochinteressant -

(Zuruf von der SPD: Weil es früher schwarz regiert war!)

als Zielangabe. Es ist nicht einmal mehr der Mut zu Zielen vorhanden.

Ich frage mich: Was machen Sie mit den restlichen zwei Dritteln, die andere Vorstellungen haben? Das kann die Tagesmutter sein, weil wir keine Investitionskostenförderung haben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich nehme die Großtagespflege ganz bewusst aus. Ich fände es aber schön, wenn wir die Tagesmutter in das Betreuungsgeld einbeziehen könnten, weil bei der Tagesmutter, wie Sie wissen, keine Investitionen in Beton und keine Neubauten notwendig sind. Das sind ja die höchsten Investitionskosten. Gleichzeitig haben Sie mit der Tagesmutter aber deutlich höhere Beiträge für die Eltern. Insofern ist das nur gerechtfertigt. Das stellt auch für viele die flexiblere und familiennähere Betreuung dar. Ich habe noch niemand gehört, der sagte, dass er etwas gegen eine Tagesmutter hat. Dass Sie nun plötzlich etwas gegen Tagesmütter haben, ist mir völlig neu.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Es gibt keine weiteren Interventionen. Ich sehe auch nicht, dass von den Restredezeiten, die einzelnen Fraktionen noch zustehen, Gebrauch gemacht werden soll. Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir können zur Abstimmung kommen. Es besteht, wie mir signalisiert wurde, Einverständnis darüber, dass wir über die Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung die Voten des federführenden Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit zugrunde gelegt werden.

(Unruhe)

- Dürfte ich um Aufmerksamkeit bitten, damit wir das geordnet zu Ende bringen? -
Nachdem Einverständnis besteht, lasse ich auch so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Anträge sind abgelehnt. Da haben Sie Glück gehabt, dass Sie an einer namentlichen Abstimmung vorbeigeschrammt sind. Die Tagesordnungspunkte 15 bis 19 sind damit erledigt.

Wir sitzen noch bis circa 23.30 Uhr hier. Deswegen bitte ich Sie zu überlegen, ob wir das in dieser Lautstärke tun wollen

(Karl Freller (CSU): Und in dieser Länge!)

oder ob wir nicht doch ein bisschen Rücksicht nehmen wollen auf diejenigen, die zuhören wollen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Schmitt-Bussinger, Aures, Perlak und anderer betreffend "Zukunft der staatlichen Feuerweherschulen (III) Stellenbesetzung - Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre nach Artikel 6 Absatz 2 Satz 4 Haushaltsgesetz", Drucksache 16/8953, bekannt. Mit Ja haben 59 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 86. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)